

Vorwort

Sehr geehrte
Damen und Herren!



Die Klimapolitik steht zurzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und dominierte auch die Wahl zum europäischen Parlament. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielte im zurückliegenden Wahlkampf nur eine geringe Rolle. Auch das 70 jährige Jubiläum der NATO, die unverändert ein Garant unserer Sicherheit ist, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Dabei steht das Bündnis vor großen externen und internen Herausforderungen. In außen- und sicherheits-politischen Fragen vertreten die USA und viele der europäischen Staaten häufig gegensätzliche Position. Der amerikanische Präsident stellt die NATO in Frage. Streitpunkte sind u.a. die Verteidigungsausgaben einzelner Mitgliedsstaaten, die zukünftige NATO-Nuklearstrategie nach dem angekündigte Ende des Vertrages über die landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen aber auch der Streit über das von der USA aufgekündigte Atomabkommen mit dem Iran. Als Rückfall in die gelungene Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft ist indes der Beschluss der Berliner SPD zu werten, Jugendoffizieren den Besuch von Schulen zu untersagen. Erfreulicherweise hat u.a. der Vizepräsident des

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Joachim Schaprian

Die Bundeswehr wird attraktiver

Fritz Felgentreu, MdB

Plenarrede

Wolfgang Hellmich, MdB

Die Sicherheitspolitische Lage 2019 und aktuelle Entwicklungen in der GSVP

Frank Richter

Neue Impulse für die Innere Führung, das Traditionsverständnis und die politische Bildung der Bundeswehr

Laura Wankelmuth

Impressum

Aktuelle Termine:

19.10.19 Petersberger Gespräche zur
Sicherheit

16.11.19 Mitgliederversammlung

Deutschen Bundestages Thomas Oppermann klar Stellung für die Bundeswehr bezogen. Auf Twitter teilte er mit: **Bin entsetzt über Beschluss der Berliner SPD, Jugendoffizieren der [#Bundeswehr](#) die Schulen zu verbieten. Die BW ist demokratisch, eine Parlamentsarmee. Die Soldaten verdienen unseren Respekt. Wer so einen Unsinn beschließt, sollte sich selbst von unseren Schulen fernhalten.“**

Hinweisen möchte ich auch auf die Presseerklärung des Sprechers der SPD-Fraktion Fritz Felgentreu zur Verabschiedung des Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetzes, mit dem zahlreiche Verbesserungen für Soldaten erreicht wurden. Zu dem Verhalten der AfD bei der Beratung des Gesetzes stellte er fest,

„Die AfD, die sich bei jeder unpassenden Gelegenheit gegenüber Soldaten anbiedert, hat in der dreistündigen öffentlichen Anhörung nicht eine einzige qualifizierte Frage zu dem Gesetz gestellt. Gestern im Verteidigungsausschuss haben die AfD-Abgeordneten ihre Zustimmung zu dem Gesetz und damit zu spürbaren Verbesserungen für Soldaten und Reserve verweigert.“

Trotz unverändert großer Risiken und Herausforderungen gibt es auf dem Gebiet der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik u.a. mit der strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), und einen Fonds für Forschung und Entwicklung erfreulicherweise Fortschritte in Richtung einer Europäischen Verteidigungsunion. Dazu verweise ich auf den Beitrag von Oberst i.G. Dr. Frank Richter, Referatsleiter Abteilung Politik, BMVg. Als weiteren Beitrag haben wir einen Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Sicherheitspolitischen Forum NRW zum Thema „Neue Impulse und Herausforderungen für die Innere Führung der Bundeswehr“ aufgenommen. Vom Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages Wolfgang Hellmich haben wir seine

Plenarrede zum Tagungsordnungspunkt „Gerechtigkeit bei Verleihung von Einsatzmedaillen der Bundeswehr herstellen“.

Ich hoffe, dass unser Newsletter mit seinen interessanten Beiträgen wieder Ihr Interesse findet. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine erholsame Urlaubszeit

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Schaprian, Oberst a. D.

Vorsitzender des Arbeitskreises Sicherheit und Bundeswehr der NRWSPD

Die Bundeswehr wird attraktiver

Dr. Fritz Felgentreu, MdB

verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am 05.06.2019 wurde im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr im Bundestag beschlossen. Mit dem Artikelgesetz soll u.a. die soziale Absicherung für Soldatinnen und Soldaten verbessert werden.



Dieses Gesetz zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, ist ein großer Fortschritt. Es macht den Arbeitgeber Bundeswehr attraktiver und verbessert die Fürsorgeleistungen des Staates.

Nach der öffentlichen Anhörung am 03.06. konnten wir mit Rückendeckung der meisten Verbände noch wichtige Änderungen erreichen. So wird die Arbeitszeit für Soldatinnen und Soldaten im Grundbetrieb nicht ausgeweitet. Es bleibt bei der 41-Stunden-Woche.

Geplant war ursprünglich eine Möglichkeit, Soldaten bei personellen Engpässen im Normalbetrieb pro Woche bis zu dreizehn Überstunden machen zu lassen. Diesen Gummiparagraphen haben wir gestrichen. Nur bei Piloten wird diese Möglichkeit bestehen - aber zeitlich begrenzt auf sieben Jahre. Diese Zeit muss die Bundeswehr nutzen, um eine ausreichende Anzahl von Fliegern auszubilden.

Wichtig ist uns Sozialdemokraten insbesondere die volle rechtliche Gleichstellung von einsatzgleichen Verwendungen mit den Auslandseinsätzen. Künftig wird keine Einsätze 1. und 2. Klasse mehr geben, sondern eine Versorgung aus einem Guss.

Zudem können jetzt nahe Angehörige von PTBS-Geschädigten mit von Therapiemaßnahmen profitieren. Dass kann für die Bedürfnisse von Soldaten, die im Einsatz traumatisiert oder körperlich geschädigt worden sind, eine wichtige Maßnahme sein.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, einen gesetzlichen Auftrag zur weltanschaulichen Gewissensprüfung durch Psychologen für Angehörige der Streitkräfte zu verhindern.

Natürlich ist und bleibt der Knackpunkt, dass wir der Truppe im Dienst wieder mehr und bessere Ausrüstung zur Verfügung stellen. Trotzdem ist dieses Gesetz ein wesentlicher Beitrag für die Stärkung eines attraktiven Arbeitgebers Bundeswehr.

Noch ein Wort zur Anhörung: Die AfD, die sich bei jeder unpassenden Gelegenheit gegenüber Soldaten anbiedert, hat in der dreistündigen öffentlichen Anhörung nicht eine einzige qualifizierte Frage zu dem Gesetz gestellt. Im Verteidigungsausschuss haben die AfD-Abgeordneten ihre Zustimmung zu dem Gesetz und damit zu spürbaren Verbesserungen für Soldaten und Reserve verweigert.

**Plenarrede des Abgeordneten Wolfgang Hellmich, SPD,
anlässlich der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages in der
19. WP am 4. April 2019**

**zu TOP 16: Antrag der FDP-Bundestagsfraktion
„Gerechtigkeit bei Verleihung von Einsatzmedaillen der
Bundeswehr herstellen“ (Drucksache 19/6055)**

Beitrag von Wolfgang Hellmich, MdB,
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,
liebe Soldatinnen und Soldaten,

93% der Bevölkerung, 99% der Rückkehrer und 98% der Veteranen fordern eine besondere medizinische Versorgung bei Schäden – so das Ergebnis einer Studie des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.



Insgesamt erzielen medizinische und soziale Maßnahmen ebenso wie finanzielle Unterstützungsleistungen höhere Zustimmungswerte als symbolische Anerkennungsmaßnahmen und entgegen manch anderer Auffassung steht eine große Mehrheit in unserem Land zu ihrer Bundeswehr.

Sie wünschen sich mehr öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung des im Einsatz Geleisteten, mehr Unterstützung ihrer Familien und Angehörigen sowie stärkeren politischen und gesellschaftlichen Rückhalt für ihre Einsätze.

Unsere Aufgabe in diesem Parlament ist es, für diese Wertschätzung und Unterstützung der Soldatinnen und Soldaten Sorge zu tragen.

Die Verleihung von Medaillen ist eine wichtige Anerkennung ihrer Leistungen für unseren demokratischen Staat, doch die Anerkennung muss darüber hinausgehen und zwar in Form von Gesetzen und Entscheidungen, welche unseren Soldatinnen und Soldaten helfen und ihre Familien absichern.

Zudem muss ihnen das notwendige Material zu ihrem Schutz und zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen.

Das Parlament ist dieser Aufgabe bei der Wandlung zur Freiwilligenarmee und zu einer Armee im Einsatz nachgekommen. Mit dem Einsatzversorgungsgesetz 2004, dem Einsatz-Weiterverwendungsgesetz 2007 und den gesetzlichen Verbesserungen der letzten Jahre, sind die Versorgungsfragen und die sozialen Fragen im Sinne der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien angegangen worden. Und wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen.

Vor allem bei dem Thema PTBS zeigt sich die besondere Verantwortung des Dienstherren sowie des Parlaments für die Männer und Frauen in der Bundeswehr. Im aktuellen Koalitionsvertrag findet sich die klare Aussage, dass der Eid, den die Soldatinnen und Soldaten leisten, auch den Dienstherren ein Leben lang an sie bindet.

In dem bald zu diskutierenden Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz – oder besser: „Starke-Bundeswehr-Gesetz“ – werden weitere Verbesserungen bei der sozialen Absicherung als auch Leistungen für

Angehörige der von PTBS betroffenen Soldatinnen und Soldaten enthalten sein. Ein wichtiger Schritt nach vorne!

Das entspricht unserem Anspruch an einen angemessenen und gerechten Umgang mit den Soldatinnen und Soldaten. Und um Gerechtigkeit geht es ja auch im Antrag der FDP.

Wenn Sie die Unterrichtung des Parlaments zur Lage in den Einsatzgebieten vom 13. März dieses Jahres lesen, werden Sie feststellen, dass die entsprechenden Anregungen des Wehrbeauftragten bereits auf dem Wege der Umsetzung sind. Sie könnten den Antrag also getrost zurückziehen, denn andere waren hier vor Ihnen am Werk.

Wenn wir über die Wertschätzung unserer Soldatinnen und Soldaten sprechen, dann erlauben Sie mir noch eine Anmerkung. Die Soldatinnen und Soldaten erfüllen mit ihrem Dienst ein Kernversprechen unseres Staates und einen Verfassungsauftrag – nämlich den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Sie sind bereit, dafür ihr Leben zu geben oder im Einsatz, in Erfüllung ihres Auftrages zu töten. Dies unterscheidet den Dienst in der Bundeswehr von jedem anderen Beruf.

Die Uniform ist das Symbol und Erkennungszeichen dieses Berufes und sie soll in aller Öffentlichkeit, in der Mitte unserer Gesellschaft getragen werden.

Dies gilt auch für Schulen, wo die Jugendoffiziere, wenn es die Schulen wünschen, über Sicherheits- und Verteidigungsfragen informieren. Ihre Aufgabe ist das Ermöglichen einer sachlichen Diskussion zu sicherheitsrelevanten, die Bundeswehr betreffenden Themen. Wie sonst soll jungen Menschen der Zugang zu dieser gesellschaftlichen Perspektive eröffnet werden.

Meine Erfahrung aus vielen Schulbesuchen ist, dass die jungen Menschen sehr sensibel bei der Wahrnehmung aktueller Krisen und Bedrohungen sind. Sie haben viele Fragen, die im Unterricht zumeist nicht aufgegriffen werden. Die Jugendoffiziere geben Antworten, auch zur Notwendigkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Jugendoffiziere vertreten ein Verfassungsorgan! Wir können sie bei dieser Arbeit nur unterstützen, damit die Bundeswehr ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft hat. Deshalb möchte ich mich für dieses Engagement bedanken.

Die Sicherheitspolitische Lage 2019 und aktuelle Entwicklungen in der GSVP

Frank Richter

Das sicherheitspolitische Umfeld 2019 bleibt komplex, dynamisch und volatil. Die Medienberichterstattung führt uns dies täglich vor Augen – und eine „Entschleunigung“ ist nicht zu erwarten.

Anschläge wie die von Straßburg, Kabul, Mogadischu und jüngst in Sri Lanka deuten darauf hin, dass uns der transnationale Terrorismus weiter beschäftigen wird. Wir sehen uns politischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen innerhalb Europas ebenso gegenüber wie Instabilitäten in Afrika, Asien und darüber hinaus. Die Vielzahl an Krisen und Konflikten scheint die „neue Normalität“ zu beschreiben. Der Krisenbogen spannt sich von der Ukraine über Afghanistan und Libyen bis nach Mali.

Russland verfolgt unverändert eine „robuste“ Machtpolitik, die im russischen Agieren in Syrien oder im Asowschen Meer zum Ausdruck kommt. Auch die Krim ist weiterhin völkerrechtswidrig in russischer Hand. Und nicht zuletzt ordnet sich der Bruch des INF-Vertrages hier ein. China wiederum baut seine globale Rolle kontinuierlich aus, z.B. im Rahmen der „Belt and Road Initiative“ (Neue „Seidenstraße“). Während diese durchaus positive Aspekte aufweist, verstoßen die Territorialansprüche, die China im Südchinesischen Meer erhebt, gegen das Völkerrecht. Letztlich trägt auch der außen- und sicherheitspolitische Kurs der gegenwärtigen US-Administration zu wachsender Ungewissheit hinsichtlich wichtiger regionaler wie globaler Sicherheitsfragen bei. So werden der Ausstieg der USA aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran und die einseitige Ankündigung von Truppenabzügen oder Teilabzügen uns noch länger beschäftigen. Auch die Aufkündigung

des INF-Vertrags hat maßgebliche Folgen für unsere europäische Sicherheitsarchitektur.

Weltweit sehen wir, wie populistische Bewegungen und autokratische Regime unser liberales, pluralistisches Miteinander zunehmend in Frage stellen und unsere multilaterale Weltordnung unter Druck setzen, nicht zuletzt durch die massive Verbreitung entsprechender Narrative in den sozialen Medien.

Gerade aus dem Cyber- und Informationsraum erwachsen vermehrt unmittelbare Bedrohungen. Hackerangriffe wie die auf Bundes- und Landespolitiker sowie Personen des öffentlichen Lebens zeigen uns unsere Verwundbarkeiten. Cyber-Angriffe haben das Potenzial, unsere kritischen Infrastrukturen lahmzulegen; hybride Kampagnen zielen darauf ab, unsere freien und demokratischen Wahlen beeinflussen.

Nicht vergessen dürfen wir auch die nicht mehr nur langfristig relevanten, sondern bereits heute spürbaren Phänomene wie den Klimawandel oder die demografische Entwicklung, die absehbar zunehmend sicherheitspolitische Relevanz entfalten werden.

Die Analyse dieses sicherheitspolitischen Umfelds führt zu der Erkenntnis, dass erstens Krisen und Konflikte an nationalstaatlichen Grenzen nicht haltmachen, dass sie, zweitens, nicht von einem Staat allein bekämpft, beziehungsweise gelöst werden können und dass ihnen drittens nicht nur mit militärischen Mitteln zu begegnen ist. Die Bewältigung der heutigen Krisen und Herausforderungen bedarf eines umfassenden, ganzheitlichen und vernetzten Ansatzes – national wie international.

Von grundlegender Bedeutung dabei ist, dass wir die bewährten Formate, die unsere Sicherheit über Jahrzehnte gewährleistet haben, stützen und stärken. Multilaterale Strukturen, allen voran die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Nordatlantische Allianz und die

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sind unabdingbar, um gemeinsam mit unseren Partnern den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen.

Dabei müssen wir uns bewusst machen, dass in Organisationen wie der Nordatlantischen Allianz der Zusammenhalt als transatlantische Wertegemeinschaft nicht mehr als selbstverständlich angenommen werden kann. Wir sind vielmehr aufgefordert, uns einzubringen und aktiv mitzugestalten. Wir müssen investieren – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne – und so unseren fairen Teil zu den Verteidigungslasten beitragen. Wir wollen also transatlantisch bleiben.

Zu einer fairen Lastenteilung gehört aber auch, dass wir in Europa mehr globale Verantwortung übernehmen. Wir müssen die Europäische Union als Akteur im Krisenmanagement maßgeblich stärken. Wir wollen europäischer werden – und dabei doch transatlantisch bleiben. Denn uns allen ist bewusst: Die NATO ist und bleibt der zentrale Bezugsrahmen unserer Landes- und Bündnisverteidigung. Im Sinne einer fairen Lastenteilung und zur Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO treiben die EU-Partner darüber hinaus zahlreiche EU-Verteidigungsinitiativen mit Nachdruck voran.

Das Ziel ist ein starkes Europa auch im Bereich der Verteidigung. Wir wollen künftig—zielgerichtet gemeinsam planen und gemeinsam finanzieren, um schließlich gemeinsam handeln zu können. Die tragenden Säulen dieses umfassenden Ansatzes bilden die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) und der Synchronisierung unserer Verteidigungsplanungen über den sogenannten Coordinated Annual

Review on Defense (CARD). Gemeinsam bilden diese Initiativen das Fundament für eine Europäische Verteidigungsunion.

Die Mehrheit der EU Mitgliedstaaten hat sich verteidigungspolitisch auf den Weg gemacht, weil die Partner wissen, dass sie für die Sicherheit in Europa letztlich nur gemeinsam eintreten können und müssen. Spätestens der Blick auf begrenzte Ressourcen macht klar, dass wir uns derzeit 28 unterschiedliche Ansätze in Europa nicht mehr leisten können. Perspektivisch gilt es, die gemeinsamen Verteidigungsinitiativen mit Leben zu füllen und so die Europäische Verteidigungsunion weiter voranzutreiben. Wir Europäer wollen handlungsfähiger werden. Dafür bedarf es einer klugen und vorausschauenden Verteidigungspolitik der EU Mitgliedsstaaten, mit anderen Worten, es braucht einen gemeinsamen Kompass. Damit können wir allen Initiativen eine gemeinsame Richtschnur geben und erreichen, dass alle an einem Strang ziehen. Die Europäische Verteidigungsunion ist Klammer und politisches Dach für Kohärenz und eine klare strategische Zielsetzung in der europäischen Verteidigungspolitik – mit PESCO als Herzstück und CARD und EVF als wichtigsten Eckpfeilern.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland Gelegenheit geben, die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU sowie die Ausgestaltung der Europäischen Verteidigungsunion weiter voranzutreiben. Im Rahmen der PESCO haben wir bereits jetzt die koordinierende Verantwortung für insgesamt sechs Projekte übernommen, die wir nun ausgestalten. Im Bereich der militärischen Mobilität und der Zusammenarbeit in der Logistik wollen wir noch in diesem Jahr erste Maßnahmen erfolgreich umsetzen. Zudem wird es

darauf ankommen, mit Großbritannien auch nach einem BREXIT eine enge Partnerschaft zu bewahren.

Die verteidigungspolitischen Dynamiken in der EU sind auch Beleg dafür, dass Deutschland sicherheitspolitisch in eine neue Rolle gewachsen ist. Verantwortung und Führung, gepaart mit Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, das ist der Anspruch, den unsere Partner an die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik formulieren und dem wir als verlässlicher, glaubwürdiger und leistungsfähiger Partner gerecht werden müssen.

Newsletter – Ausgabe 02 / 2019 (12. Jahrgang)
15

Neue Impulse für die Innere Führung, das Traditionsverständnis und die politische Bildung der Bundeswehr

Veranstaltungsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung für das
Sicherheitspolitische Forum NRW vom 25.03.2019

Laura Wankelmuth



Die Innere Führung mit ihrem Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" ist ein Markenzeichen der Bundeswehr und hat zentrale Bedeutung für die Verankerung der Truppe in der Gesellschaft. In der Bundeswehr, wie in der deutschen Öffentlichkeit, ist seit 2017 eine kontroverse Debatte über das soldatische Selbstverständnis, über Fragen der Traditionspflege sowie über grundsätzliche Führungsfragen entbrannt.

Nachdem in den Jahren 2016 und 2017 die Bundeswehr durch dokumentierte Fälle von Mobbing, die Entdeckung von Wehrmachtsdevotionalien in einzelnen Kasernen und dem möglichen Bestehen von rechtsextremen Netzwerken wiederholt negativ in den Blickpunkt der medialen Berichterstattung gelangt war, entbrannte sowohl in der deutschen Öffentlichkeit, als auch in der Bundeswehr eine kontroverse Debatte über aktuelle Herausforderungen der Traditionspflege, über das Selbstverständnis der Bundeswehr und über grundsätzliche Führungsfragen. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde das Programm „Innere Führung Heute“ gestartet, ein neuer Traditionserlass herausgegeben und beschlossen, die politische Bildung für Angehörige der Streifkräfte zu stärken. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen lud das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. März 2019 zum Dialog mit hochrangigen Vertreter_innen der Bundeswehr, der Politik und der Wissenschaft ein.

Als Hauptredner formulierte zunächst Generalmajor Reinhardt Zudrop, Kommandeur des Zentrums für Innere Führung, eine Einschätzung aus Perspektive der Bundeswehr. Direkt zu Anfang seines Vortrages verwies er darauf, dass die öffentlich diskutierten Skandale aus seiner Sicht auf das menschliche Versagen einzelner Personen zurückzuführen seien und keinesfalls gleichbedeutend für ein Scheitern des Konzeptes der Inneren Führung stehen dürften. Das Konzept der Inneren Führung verfolge nämlich vier weitreichende Ziele, die durch die bedauernswerten und verurteilungswürdigen Taten Einzelner nicht zur Diskussion gestellt werden könnten: die Legitimation der Streitkräfte, die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft, die Motivation der Soldat_innen und die Sicherstellung soldatischer Ordnung. Insbesondere die Bedeutung des Integrationsaspektes hob der

Generalmajor hervor. Es dürfe nicht zu einem Auseinanderdriften von gesellschaftlichen Entwicklungen und der Entwicklung der Bundeswehr kommen. Er unterstrich, dass das Konzept der Inneren Führung nicht im Widerspruch zu den Kernaufgaben der Streitkräfte stehe, sondern vielmehr eine notwendige Voraussetzung für diese sei. Das darin enthaltene Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ vereine letztendlich drei Persönlichkeiten: So stehe es zum einen für eine freie Persönlichkeit (1), deren letzte Entscheidungsinstanz das eigene Gewissen darstelle, für einen verantwortungsvollen Staatsbürger (2) sowie für den guten Soldaten (3), der seine soldatischen Pflichten und Aufgaben auf Basis einer guten Ausbildung erfülle.

Dementsprechend sei eine wertebasierte Führungskultur deutlich besser für dynamische Gesellschaften geeignet, als eine auf Regeln begründete. Aufgedeckte Missstände wiesen nicht auf ein Scheitern des Konzepts der Inneren Führung per se hin, sondern auf Defizite in dessen Umsetzung. Hinzukommend gehöre zu den aktuellen Herausforderungen der Bundeswehr die Schere zwischen einer steigenden Zahl an Aufträgen für die Bundeswehr bei zugleich knappen Ressourcen. Damit einhergehende Zentralisierungsprozesse hätten dabei unmittelbare Auswirkungen auf die Umsetzung der Inneren Führung, wenn in Zuge einer Überbelastung der Truppe nicht ausreichend Zeit für die Auseinandersetzung mit Fragen der Inneren Führung bereit stünden. Die zunehmende Überreglementierung des Militärs hemme das Potenzial der Truppe und sei eine nicht zu unterschätzende Belastung für die konsequente Umsetzung der Inneren Führung.

Als Vertreter der Politik war Dr. Fritz Felgentreu, sicherheits- und verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, zu Gast.

Er schloss sich hinsichtlich des Ressourcenmangels der Bundeswehr seinem Vorredner an und konstatierte, dass zusätzliche Investitionen in die Bundeswehr notwendig seien. In der Diskussion um den neuen Traditionserlass sei für ihn der entscheidende qualitative Fortschritt insbesondere die Feststellung, dass die Bundeswehr mit ihrer 60-jährigen Geschichte bereits selbst Tradition gestiftet habe. Dennoch beinhalte auch der neue Traditionserlass unauflösbare Widersprüche. So sei zwar einerseits offensichtlich, dass die Wehrmacht nicht traditionsfähig sei, andererseits komme man nicht umhin zu akzeptieren, dass bestimmte Technologien dort erstmals zum Einsatz kamen und beispielsweise die deutsche Panzertruppe dort ihren Ursprung habe. Zugleich verwies Felgentreu auf die Anziehungskraft einer Armee auf Bürger_innen, die autoritären und nationalistischen Gesellschaftsentwürfen potenziell offen gegenüber eingestellt seien. Die Prinzipien von ‚Befehl und Gehorsam‘, der Umstand, dass der Leitgedanke von Kameradschaft in der Truppe auch heute noch v.a. die Kameradschaft unter der Großzahl an männlichen Soldaten verkörpere sowie der Zugang zu Waffen seien nur einige Gründe dafür, dass spätestens mit Abschaffung der Wehrpflicht die Wahrscheinlichkeit gestiegen sei, als Bundeswehr auch politisch rechtsextrem eingestellte Personen anzusprechen. Die einzelnen Skandale der vergangenen Jahre bewertete Felgentreu auch als Ergebnis struktureller Defizite bei der Rekrutierung von Soldat_innen. Zugleich schloss er sich dem Generalmajor in der Einschätzung an, dass das Konzept der Inneren Führung keinesfalls gescheitert sei, sondern vielmehr noch weiter gestärkt werden müsse.

Aus wissenschaftlicher Perspektive berichtete zuletzt Dr. Sabine Mannitz vom Leibnitz-Institut der Hessischen Friedens- und Konfliktforschung.

Gerade durch den Funktionswandel der Bundeswehr von einer Abschreckungs- zu einer global und flexibel einsetzbaren Armee sähen sich die Soldat_innen einer Vielzahl von Herausforderungen ausgesetzt. So befänden sie sich in einem ständigen Spagat zwischen zivilen und militärischen Aufgaben, v.a. in ihren Auslandsmissionen. Für Sabine Mannitz sei es unabdingbar, die politische Bildung für Soldat_innen zu stärken, um der steigenden Zahl an Anforderungen gerecht werden zu können. Die Erlangung interkultureller Kompetenzen sowie die Sensibilisierung für den zivilen Dialog seien absolut notwendig, um auch präventiv in den Einsätzen wirken zu können und das Binnenklima in der Truppe zu stärken.

In der abschließenden Podiumsdiskussion und der offenen Fragerunde kamen alle Podiumsteilnehmer_innen darin überein, dass auch die benötigte Zeit von Vorgesetzten für die Dienstaufsicht und die politische Bildungsarbeit eine zentrale Herausforderung für die Umsetzung der Inneren Führung darstellten. Zudem entkräfteten sie den Vorwurf, die Innere Führung sei ein Konzept für ‚Gutwetterzeiten‘, das im Einsatz nicht funktioniere. Vielmehr sei es für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr von essentieller Bedeutung. Einigkeit bestand ebenso darin, dass politische Bildungsarbeit und der Erwerb von interkultureller Kompetenz nie davon ablenken könne, dass in den Ausnahmesituationen der Bundeswehreinsätze im Ernstfall der Einsatz von Waffengewalt unausweichlich sein könne. In Ausnahmesituationen, müssten Soldat_innen schnelle Entscheidungen treffen, in denen die Prinzipien der Inneren Führung längst verinnerlicht sein müssten. Die Diskussion machte deutlich, dass die Stärkung der Inneren Führung eine entscheidende Aufgabe für die Bundeswehr ist,

Newsletter – Ausgabe 02 / 2019 (12. Jahrgang)
20

die gemeinsam vom Zentrum für Innere Führung, Politik und Trägern politischer Bildung gemeinsam angegangen werden sollte.

Infos zur Inneren Führung unter:

<https://www.innerefuehrung.bundeswehr.de/>

Newsletter – Ausgabe 02 / 2019 (12. Jahrgang) 21

Zum Schluss aber nicht zuletzt ein Hinweis: Informationen zum Arbeitskreis können Sie /
können Sie auch abrufen unter

<http://www.nrwspd.de/gremien/6/1356/Arbeitskreis-Sicherheitspolitik-und-Bundeswehr.html>

Anmerkung:

Wir gehen davon aus, dass Sie / dass Ihr auch weiterhin an unserem Newsletter interessiert sind / seid. Wenn dies nicht mehr der Fall sein sollte, dann lassen Sie / lasst Ihr uns das bitte wissen

Impressum

Vorsitzender des Arbeitskreises
Joachim Schaprian

Redaktion des Newsletters
Moritz Brake

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211/136220
Mail: info@nrwspd.de

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)